

Saale-Zeitung.

Stierundvierziger Jahrgang.

Anzeigen

Werbung des Spaltenpreises... 20 Pf. berechnet und in der Geschäftsstelle...

Bezugspreis

Der Halle bezugsfähig bei postmöglicher Anstellung 2,50 M. durch die Post 3,25 M. einschließlich Zustellungsgebühr...

Für unentgeltlich eingehende Korrekturen wird keine Gewähr übernommen...

Verleger der Redaktion Nr. 1140; der Abonnementabteilung Nr. 1133.

Nr. 207.

Halle a. S., Donnerstag, den 5. Mai.

1910.

Spionenfurcht in Frankreich.

Die Franzosen sind ein uraltes Kulturvolk, älter jedenfalls in kultureller Beziehung, als die denkbaren Germanenstämme...

Jahreszeiten mehrere Spionageproben stattgefunden haben, rief diese Maßregel der Militärbehörde große Erregung hervor...

Dah sich infolge dieser scharfen Maßregeln eine gewisse Erregung in dem friedliebenden Teile der französischen Bevölkerung geltend macht...

Deutscher Reichstag.

79. Sitzung vom 4. Mai, 1 Uhr.

Ein Bericht der Reichsschulden-Kommission wird debattellos erledigt. Ebenso debattellos die Vottrag-Novelle in dritter Lesung definitiv verabschiedet.

Die Zuständigkeit des Reichsgerichts (Entlastung)

fortgesetzt beim Artikel III, der u. a. die Revisionssumme im § 546 der Zivilprozessordnung von 2500 auf 4000 M. erhöht.

Abg. Heine (Soz.): Das ist sicher, daß bei einer solchen Erhöhung der Revisionssumme die kleinen Leute nur noch sehr selten werden bis an das Reichsgericht gehen können...

St. v. Wagner: Die Erhöhung der Revisionssumme angenommen. Dagegen Sozialdemokraten, Fortschrittler und ein Teil des Zentr.

Abg. Heine (Soz.): Das ist sicher, daß bei einer solchen Erhöhung der Revisionssumme die kleinen Leute nur noch sehr selten werden bis an das Reichsgericht gehen können...

Abg. Heine (Soz.): Das ist sicher, daß bei einer solchen Erhöhung der Revisionssumme die kleinen Leute nur noch sehr selten werden bis an das Reichsgericht gehen können...

Abg. Heine (Soz.): Das ist sicher, daß bei einer solchen Erhöhung der Revisionssumme die kleinen Leute nur noch sehr selten werden bis an das Reichsgericht gehen können...

Abg. Heine (Soz.): Das ist sicher, daß bei einer solchen Erhöhung der Revisionssumme die kleinen Leute nur noch sehr selten werden bis an das Reichsgericht gehen können...

Abg. Heine (Soz.): Das ist sicher, daß bei einer solchen Erhöhung der Revisionssumme die kleinen Leute nur noch sehr selten werden bis an das Reichsgericht gehen können...

Abg. Heine (Soz.): Das ist sicher, daß bei einer solchen Erhöhung der Revisionssumme die kleinen Leute nur noch sehr selten werden bis an das Reichsgericht gehen können...

Abg. Heine (Soz.): Das ist sicher, daß bei einer solchen Erhöhung der Revisionssumme die kleinen Leute nur noch sehr selten werden bis an das Reichsgericht gehen können...

Abg. Heine (Soz.): Das ist sicher, daß bei einer solchen Erhöhung der Revisionssumme die kleinen Leute nur noch sehr selten werden bis an das Reichsgericht gehen können...

Abg. Heine (Soz.): Das ist sicher, daß bei einer solchen Erhöhung der Revisionssumme die kleinen Leute nur noch sehr selten werden bis an das Reichsgericht gehen können...

Abg. Heine (Soz.): Das ist sicher, daß bei einer solchen Erhöhung der Revisionssumme die kleinen Leute nur noch sehr selten werden bis an das Reichsgericht gehen können...

Abg. Heine (Soz.): Das ist sicher, daß bei einer solchen Erhöhung der Revisionssumme die kleinen Leute nur noch sehr selten werden bis an das Reichsgericht gehen können...

Abg. Heine (Soz.): Das ist sicher, daß bei einer solchen Erhöhung der Revisionssumme die kleinen Leute nur noch sehr selten werden bis an das Reichsgericht gehen können...

die Rechtsanwaltsgebühren eine entsprechende Erhöhung vorstellt.

Beim Artikel XII — provisorische Bestimmung von Siffrichtern beim Reichsgericht — wird auf Antrag Krich eingeleitet...

Die Kommission schlägt dann noch eine Resolution vor betr. Errichtung eines neuen Senats beim Reichsgericht...

Auf Vottrag erklärt der Staatssekretär Visco: Die Regierung gebe sich der Hoffnung hin...

Abg. Heine (Soz.): Diese Resolution hat jetzt nur noch Wert insofern, als der Reichstag damit seine Hebrzeugung ausspricht...

Debattellos wird die damit verbundene Novelle zur Rechtsanwaltsordnung angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Stellenvermittlungsgesetzes.

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...

Abg. Pieper (Ztr.): Wir können die private Stellenvermittlung nicht ganz abschaffen...



Darum hat die Budgetkommission mit Recht die Verantwortung abgelegt. Der Tag der Unterzeichnung des Vertrages wird ein schwerer Tag sein für die Geschichte des Reiches.

Abg. v. Bismarck (Sp.) wünscht die Beteiligung der obbligatorischen Reichskassen an Rheinprovinz.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Beschäftigungsstand bei Eisenbahnverwaltung.

Abg. v. Bismarck (Sp.) wünscht die Beteiligung der Eisenbahnverwaltung an Rheinprovinz.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Beschäftigungsstand bei Eisenbahnverwaltung.

Abg. v. Bismarck (Sp.) wünscht die Beteiligung der Eisenbahnverwaltung an Rheinprovinz.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Beschäftigungsstand bei Eisenbahnverwaltung.

Abg. v. Bismarck (Sp.) wünscht die Beteiligung der Eisenbahnverwaltung an Rheinprovinz.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Beschäftigungsstand bei Eisenbahnverwaltung.

Der Beschäftigungsstand bei Eisenbahnverwaltung.

Abg. v. Bismarck (Sp.) wünscht die Beteiligung der Eisenbahnverwaltung an Rheinprovinz.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Beschäftigungsstand bei Eisenbahnverwaltung.

Deutsches Reich.

Gegen die neue Gewerkeordnung und die Eosinfärbung.

Der Bericht des Reichstages über die neue Gewerkeordnung und die Eosinfärbung.

Abg. v. Bismarck (Sp.) wünscht die Beteiligung der Eisenbahnverwaltung an Rheinprovinz.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Beschäftigungsstand bei Eisenbahnverwaltung.

Abg. v. Bismarck (Sp.) wünscht die Beteiligung der Eisenbahnverwaltung an Rheinprovinz.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Beschäftigungsstand bei Eisenbahnverwaltung.

Abg. v. Bismarck (Sp.) wünscht die Beteiligung der Eisenbahnverwaltung an Rheinprovinz.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Beschäftigungsstand bei Eisenbahnverwaltung.

Abg. v. Bismarck (Sp.) wünscht die Beteiligung der Eisenbahnverwaltung an Rheinprovinz.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Beschäftigungsstand bei Eisenbahnverwaltung.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

85. Sitzung, 4 Mai 1910.

Abg. v. Bismarck (Sp.) wünscht die Beteiligung der Eisenbahnverwaltung an Rheinprovinz.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Beschäftigungsstand bei Eisenbahnverwaltung.

Justizminister Dr. Beseler:

Die laut gewordenen Befürchtungen sind unbegründet. Die Meldungen der Bewerber um eine offene Stelle gehen an den Landesgerichtspräsidenten, von diesen an den Oberlandesgerichtspräsidenten und von diesem, gelegentlich mit einem Vorschlag betr. die Auswahl des Bewerbers, an den Minister.

Abg. v. Bismarck (Sp.) wünscht die Beteiligung der Eisenbahnverwaltung an Rheinprovinz.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Beschäftigungsstand bei Eisenbahnverwaltung.

Parlamentarisches.

Die Reichstagskommission für das Wertwachstumssteuer-Gesetz erwidert gestern in zweiter Lesung ohne wesentliche Änderung die §§ 1-19, wobei § 12 bis zur Beratung der Dr. Krummholz (Sp.) folgender neuer Absatz 4 eingefügt:

„Werden Teile eines örtlich wirtschaftlich zusammenhängenden Grundbesitzes durch verschiedene Nutzungsarten in demselben Veräußerer oder von dessen Erben innerhalb zweier Jahre veräußert, so werden die Umsätze bezüglich der Besteuerung des Wertwachstums in der Weise als ein Ganzes behandelt, daß der Veräußerer berechtigt ist, bei der Berechnung des Wertwachstums von der Veräußerung des einen Teils des Grundbesitzes dem bei der Veräußerung des anderen Teils etwa eingetretenen Verlust abzuziehen. Die Wertwachstumssteuer wird bei den einzelnen Umsätzen fällig; etwa zu entrichtende Steuer wird nach dem letzten Umsatze erlassen.“

Der § 15 erhebt in Ziffer 2 die folgende Fassung (Anträge Cuno (Sp.) und Heyers (Zentr.): „Von dem Veräußerungserlös sind in Bezug zu bringen auf Antrag des Steuerpflichtigen der Betrag, um den nachweislich während der Zeit, jedoch nicht länger als für 15 zusammenhängende Jahre der Veräußerer, der aus dem Grundbesitz erzielte Ertrag hinter 3 v. H. des Erwerbepreises zurückbleibt.“

— Darauf vertrat die Kommission auf Freitag.

Die Urachen der „3. II. Anträge“. Wie aus Köln gemeldet wird, werden hervorgehoben Parlamentarier, mit welchen Unterlagen ausgerüstet, Gelegenheit nehmen, im Reichstage die Gründe darzulegen, die die Katastrophe des „3. II.“ verursacht haben. Sie sollen in der Hauptsache darin zu suchen sein, daß zwischen der Militärlage und der technischen Leistung des Zepellinflegers nicht das Einklangsmoment herrsche, das namentlich dann noch nicht ist, wenn ein Divertier das Kommando über den Ballon führt, der noch nicht eine Dauerfahrt, geschweige denn eine Reichweite fähiger Witterung mitgemacht hat. In es Hamburg die Reichsregierung sollte, wurde im letzten Augenblicke noch ein Divertier als Gast mitgenommen und an dessen Stelle, da das Schiff überladen war, ein erfahrener Steuermann ausgepickt.

Parteinachrichten.

In Reichstagswahlkreise Jauer-Bollnshain-Bundesrat haben die Nationalliberalen endgültig beschlossen, von der Aufstellung einer eigenen Kandidatur Abstand zu nehmen. Die christlich-sozialen Kandidatur ist noch nicht perfekt geworden.

Die Gründung einer neuen Partei wird erwünscht, die ein Gründungsaufruf, unterzeichnet von 70 angesehenen, ist beabsichtigt. Danach wird die neue Partei, die „Politische Nationalvereine“ heißt, folgende Aufgabenstellung der politischen Gemeinschaft über nationale, politische und allgemeine Fragen auf politisch-katholischer Grundlage, Vorbereitung einer einheitlichen Aktion der gesamten politischen Gemeinschaft in öffentlichen Angelegenheiten, so wie die polnisch-nationale Interesse erfordert, beibringt. Die Unterstützung legaler Behörden, welche sich die politische Gemeinschaft selbst gegeben hat.

Schule.

Vom internationalen Lehreraustausch.

Das Verhältnis der fremden, in Preußen tätigen Lehramtskandidaten zu den preussischen, die im Ausland tätig sind, hat im letzten Jahrgang dadurch eine Aenderung erfahren, daß zum erstenmal auch Lehramtskandidaten aus dem Ausland beteiligt sind. Im übrigen aber hat die Zahl der ausländischen Lehrer bei uns ganz erheblich zugenommen, während in den Zahlen der preussischen Kandidaten, die an Auslandsstellen gingen, ein Stillstand eingetreten ist. Man kann es für die Entwidlung des neufranzösischen Unterrichts an unseren höheren Schulen bezeichnen, daß nicht die jungen Lehrer in erheblicher Zahl von der Möglichkeit des internationalen Austausches Gebrauch machen. Die Ursache für dieser Erscheinung liegt aber in erster Linie in den günstigen Verhältnissen, die bei den noch immer vorhandenen Lehramtskandidaten, die bei den noch immer vorhandenen Lehramtskandidaten in den Oberlehrerstellen sehr schnell nach abgelegtem Examen in eine selbstbestimmte Stelle gelangen, so daß ihnen für eine Tätigkeit an einer Auslandsschule keine Zeit mehr übrig bleibt.

Aus den Kolonien.

Der deutsch-südafrikanische Landesrat in Windhof ist geschlossen worden. Einmütig erklärten die nicht beamteten Mitglieder des Landesrats, daß sie der Dornburgschen Kolonialpolitik nicht mit Zuersticht folgen können.

Kleine politische Nachrichten.

Der Kaiser und die Reichsstände.
Bei dem Staatsballet und der Grafen v. Wedel in Straßburg i. E. fand kürzlich ein parlamentarisches Dinner statt, zu dem Staatssekretär Pfeiffer von Wulff, die Unterstaatssekretäre Böttcher, Nöbel und Köhler, sowie fast sämtliche Mitglieder des Landesauschusses erschienen waren. Während der Tafel brachte der Staatssekretär einen Trinkspruch auf den Kaiser aus, in dem er das jüngste Jubiläum des Kaisers und der Kaiserin in den Reichsländern gedachte. Sie seien alle Zeugen dessen gewesen, wie wohl sich der Kaiser auch diesmal wieder in diesem Lande gefühlt habe, und welche besondere Vertrauen er offensichtlich in die treue Gefinnung der Bevölkerung setze.

Die Immediatkommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform wird ihre Arbeiten nächsten wieder aufnehmen. Am 7. d. M. wird der letzte Unterauschuß der Immediatkommission, der sich mit der Vereinfachung des Anlagen- und Reichsmittelzuges zu befassen hat, zu einer Sitzung zusammenzutreten. Es handelt sich dabei insbesondere auch um die Lösung des schwierigen Problems der Neuordnung des Reichsmittelzuges gegen Polizeiverfügungen.

Die Errichtung einer öffentlichen Feuerversicherungsanstalt soll nach einem dem Abgeordnetenhaus schon übermittelten Gesuchentwurf nur im Interesse des gemeinen Nutzens und nicht zu Erwerbszwecken erfolgen. Sie bedarf der kaiserlichen Genehmigung. Die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten sollen verpflichtet sein, den in ihrem Bezirk belegenen Gebäuden Versicherung gegen Feuergefahr zu gewähren, zur Sicherung des Grundbesitzes die Gebäudemöglichkeit auch im Falle des Versicherungswesens und nicht mündlicher Zahlung der Versicherungsbeiträge fortzusetzen, die Versicherung nur zum Zweck der Schadensergütung zu betreiben und aus ihren verfügbaren Mitteln die Feuerlöcher und das Feuerlöschwesen zu fördern. Die Anstalten sollen von der Entrichtung der Stempelsteuer und der Zahlung von Gerichtsgebühren befreit sein, und die Versicherungsbeiträge sollen den gemeinen Lasten gleichstellen.

Vorbereitung für den höheren Justizdienst.
Die Besuche, auf gelehreberischem Wege eine Neuordnung der Vorbereitung für den höheren Justizdienst herbeizuführen, sind

nicht von Erfolg gewesen. Die Neuordnung der Vorbereitung für den höheren Verwaltungsdienst hat deshalb vorweg genommen werden müssen. Jetzt soll ein neuer Anlauf zur Lösung der Aufgabe genommen werden. In der letzten Woche dieses Monats wird im Justizministerium eine aus Männern der Praxis und Wissenschaft zusammengesetzte kleine Kommission zusammentreten, um die Grundzüge einer Reform des juristischen Studiums sowie der wissenschaftlichen und praktischen Vorbereitung für den höheren Justizdienst vorzubereiten.

Rechtsprechung gegen Oberbürgermeister Dr. Wilms.
Eine in Posen abgehaltene freisinnige Versammlung beschäftigte sich mit der Neuwahl des Oberbürgermeisters Dr. Wilms im Herrenhaus, die er bei der Beratung der Wahrvorlage getan hatte. Dr. Wilms hatte gesagt, daß er eher für die Abschaffung des Reichstagswahlrechts, als für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eintreten würde. Die überaus förmlich verlaufende Versammlung nahm eine scharfe Resolution an, in der sie ihrem Verbotem über die Neuwahl des Oberbürgermeisters Dr. Wilms Ausdruck gab. Diese Neuwahl stände in tristem Gegensatz zu den Anschauungen aller liberalen Wähler des Kreises und auch zu den Ansichten der überwiegenden Mehrheit der von ihm vertretenen Posener Bürger.

Kriegsvereinen.
Die dauernden Hinweise im Parlament und in der Presse können nur noch einen Eindruck gemacht zu haben. Im Reichstagsrat denkt man ebenfalls ernstlich daran, diese „Schwund der Nation“ einzuführen. Es soll wenigstens denjenigen, die das 66. Lebensjahr vollendet und ein bestimmtes Einkommen nicht erreichen, eine Beihilfe gewährt werden. Wenn man dieses Geld allerdings, wie man im Reichstagsrat plant, aus der Wertpapiersteuer flüssig machen möchte, so wird man dieser Maßregel gegenüber wohl noch etwas reserviert bleiben müssen, denn dieses Gesetz ist vorläufig noch nicht unter Dach und Fach und noch nicht umstritten.

Ständige Kontrollerversammlungen.
Es ist bei der Handelskammer zu Berlin darüber gefast worden, daß in diesem Jahre in den ersten Tagen des April Kontrollerversammlungen stattgefunden haben, was notwendig ist dem Umgekehrte beteiligten Geschäftskreise Unzutrefflichkeiten zur Folge gehabt hat. Die Handelskammer ist deshalb beim Generalkommando des dritten Armeekorps vorstellig geworden und von diesem dahin verständigt worden, daß der Anfang des Monats April von den Kontrollerversammlungen in Zukunft, soweit irgend angängig, freigehalten werden wird.

Müller gegen Müller.
Der Verband deutscher Müller hat in einer Eingabe an den Reichstag um die Kontingenterstellung der Herstellung von Mülleinzeigungen in Deutschland ersucht und dies Förderung mit der Notlage des Mülleinzeigewerbes begründet. Eine andere Eingabe von Mülleinzeigern hat den Reichstag um Abhebung der Petition des Verbandes deutscher Müller geben und dabei hervorgehoben: Wenn schon der Vorschlag, eine Mülleinzeigenerhöhung einzuführen, als ein Vorschlag anzusehen sei, so sei der Wunsch nach einer Kontingenterstellung der Mülleinzeigung geradezu schmerzbringend. — Die Petitionskommission des Reichstags empfahl beide Petitionen dem Reichstagesrat als Material zu überweisen.

Lotterie-Jubiläum.
Am 1. Juni begeht die Königlich Preussische General-Lotterie-Direktion das Jubiläum ihres 100jährigen Bestehens. Es ist vielleicht nicht ganz uninteressant, dabei zu erwähnen, daß einst an ihrer Spitze ein General der Kavallerie stand, und daß der Oberbürgermeister von Berlin bei der Begründung zu den Zeichnungskommissionen gehörte.

Englische Arbeiter und Arbeiterführer in Deutschland.
Eine Deputation von englischen Parlamentsmitgliedern und anderen Führern der englischen Arbeiterpartei ist nach Deutschland abgereist, um im Auftrag der Partei dort die Lage der Arbeiter, die Kosten ihres Lebensunterhalts und andere Fragen zu studieren.

Sofa- und Personalnachrichten.
Der Kaiser hörte gestern vormittag den Vortrag des Reichsanzalters. Am 11. d. M. nahm der Kaiser eine Parade über einige in Wiesbaden und in der Umgebung garnisonierende Truppenteile am Ruckhause ab. — Aus Fulda kommt die Meldung, daß der Kaiser Sonntag früh 8 1/2 Uhr zu zweitägigem Besuch bei dem Grafen Görtz in Schilt eingetroffen beabsichtigt.

Prinz August Wilhelm von Preußen, der zur Zeit im Verwaltungsdienst der Regierung zu Potsdam seine Ausbildung erfährt und bisher von dem Professor und Staatsrechtslehrer an der Greiswälder Universität Dr. Stempel unterrichtet wurde, hat jetzt einen neuen Lehrer in der Person des Professors an der Greiswälder Universität Dr. Wrenne erhalten. Der Prinz soll im Herbst sein Referendarexamen ablegen und dann in eine leitende Stellung bei der Posener Regierung oder bei der Statthalterei in Elsaß-Lothringen übertreten.

Ausland.

Roosevelts Aukunft in Christiania.

— Expräsident Roosevelt und Familie trafen gestern um 12 Uhr 4 Minuten im Extrazug auf dem Döbbschhof in Christiania ein. Hier waren zum Empfang anwesend: das Königspaar, das Präsidium des Storting, der Ministerpräsident, der Minister des Auswärtigen, Mitglieder des Nobelskomitees, die Bürgermeister u. a. Beim Einsteigen des Zuges spielte die Musik die amerikanische Nationalhymne. Die Bürgermeister u. a. Beim Einsteigen des Zuges spielte die Musik die amerikanische Nationalhymne. Die Bürgermeister u. a. Beim Einsteigen des Zuges spielte die Musik die amerikanische Nationalhymne.

Der Bahnhof war mit norwegischen und amerikanischen Flaggen reich geschmückt. Die in den Gebäuden versammelte Menge brachte Roosevelt große Ovationen dar. Nachmittags fand in der amerikanischen Gesandtschaft zu Ehren Roosevelts ein Frühstück statt, an dem auch der König teilnahm. Gestern Abend war Galafest im Schloß.

Der „Dornburg“ Marokkos.

Der Abgesandte Mules Sadjis, der Et Moritz bei der Regelung der Anleihefrage beistehend sein soll, ist in Paris eingetroffen. Der neue Mann nennt sich Ali Zaki. Er ist von Geburt Ägypter, in französischen Schulen erzogen, hielt seit einigen Jahren im Dienste des Königs und bekleidet zurzeit die Stellung des Präsidenten in der Kommission für die öffentlichen Arbeiten in Tanger. Ali Zaki wird von Kennern der Verhältnisse als eine interessante Persönlichkeit bezeichnet, mit der für die Zukunft zu rechnen sei.

Ein Diplomat, der Marokko und Deutschland kennt, nannte ihn in einem Gespräch den „Dornburg Marokkos“. Ob die Charakteristik zutrifft, wird die Zukunft lehren.

Vermischtes.

Drahtlose Telegraphie auf 3700 Kilometer Distanz. In den letzten Monaten wurden in Westafrika von zwei französischen Offizieren im Auftrage des Kriegsministeriums Versuche mit Funkentelegraphie mittels eines neuen Apparates vorgenommen. Die Offiziere hatten zwei Stationen errichtet, die eine in Port Etienne und die andere in Dakar. Es gelang ihnen, funkentelegraphische Verbindungen auf 2000 Kilometer Entfernung von Port Etienne nach Moran herzustellen. Selbst in dem 3700 Kilometer entfernten Fajen von Agizza wurden die Wellen wahrgenommen. Der Gouverneur von Westafrika beabsichtigt, in allen hiesigen Westafrika Stationen für Funkentelegraphie zu errichten, ebenso im Inneren Afrikas, u. a. in Timbuktu, eine Station herzustellen, von welcher aus Versuche mit drahtloser Telegraphie vorgenommen werden sollen.

Selbstmord eines Majors im Eisenbahngewerbe. In dem Eisenbahngewerbe hat sich ein Meistender zweiter Klasse, der in Rempen eingekerkert war, bei der Station Sülz bei den Hols durchschritten. Der Schenkerleute wurde durch Sanitätsmannschaften mit demselben Jag nach Münden gebracht, wo er bald darauf starb. Es handelt sich um den Major a. D. Dr. phil. Gottmann. Eruber des in Münden lebenden Generalmajors a. D. und früheren Kommandanten von Gernersheim. Ueber die Gründe zu dem Selbstmord ist nichts bekannt.

Zwischen Trittbrett und Kohlenentferner. Zwischen Münsberg und Stammloch sog sich bei einer scharfen Krümmung des Trittbretts des Führerstandes und der Kohlenentferner des Hoyer Wagens auseinander. In demselben Augenblick geriet der Heizer mit einem Bein bis zur Wadenhälfte bawässigen und wurde festgenommen. Der Lokomotivführer ließ sofort den Zug halten, weil dem Bedauernswerten sonst das Bein beim Verlassen der Kurve abgehauen worden wäre. Der Wundgeschlagte mußte auf offener Straße so lange warten, bis aus Münsberg Hilfe kam, um ihn aus der schrecklichen Lage zu befreien. Fast 1 1/2 Stunden mußte er unter gräßlichen Schmerzen ausbarren, ehe von den Schloßten die einzelnen Einteile herausgemeißelt werden konnten, da der Versuch, mit Wunden die Kuppelung zu drehen, mißlang. Der Heizer wurde ohnmächtig ins Krankenhaus gebracht. Der Wundgeschlagte erlitt eine mehr als zeitweilige Verblüdung.

Selbstmord eines österreichischen Hauptmanns. In Blin (Nordböhmen) verübte der Hauptmann Rudolf Wagle Selbstmord durch Aufschneiden der Pulsadern. W. war nach einer unglücklichen Grenzangriffes abkommandiert worden und befand sich in finanziellen Schwierigkeiten.

Kinderführer. In Kapfenberg in Ungarn überfielen während des Gottesdienstes mehrere Personen den Organisten und den Gesängern, mißhandelten beide und demolierten die Kirche. Einem größeren Gendarmenaufgebot gelang es, die Missetäter zu verhaften.



Gramm & Börner

Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 12 **MOEBEL-FABRIK und AUSSTELLUNGSHAUS** Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 12
Atelier für künstlerische und sachgemässe Ausgestaltung der Innenräume. Vornehme aparte Arrangements.

Bräut-Ausstattungen

80 MUSTERZIMMER

Reichhaltigste Auswahl in Dekorationen und echten Perser Teppichen.

